

ProDG-Fraktion/Lydia Klinkenberg
Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft
Plenum vom 24. April 2017

Es gilt das gesprochene Wort!

Diskussion und Abstimmung: Resolutionsvorschlag an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und die Föderalregierung bezüglich der PKW-Maut, die auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland erhoben werden soll – Dokument 159 (2016-2017) Nr. 4

Sehr geehrter Herr Präsident, Sehr geehrte Mitglieder der Regierung, Werte Kolleginnen und Kollegen,

Die umstrittene PKW-Maut scheint beschlossene Sache zu sein. Nach jahrelangen kontroversen Gesprächen innerhalb Deutschlands und mit der Europäischen Kommission hat der Bundesrat Ende März der Einführung des Prestigeprojekts von Verkehrsminister Alexander Dobrindt zugestimmt. Es ist unverkennbar Wahljahr in Deutschland: Bis vor kurzem hatten beispielsweise Rheinland Pfalz und das Saarland noch mautfreie Autobahn-Abschnitte in Grenzregionen gefordert, da sie um ihre Attraktivität und den Tourismus fürchten müssen. Doch die deutsche Bundesregierung lehnte ab und der Bundesrat entschied anders. Ganz nach CSU-Art hat Dobrindt mit der Autobahn-Maut einen eigenen Beitrag zum bayerischen Protektionismus geleistet und nicht nur ein falsches Signal an Europa gesandt, sondern zudem nach brexitischer Manier mit seinen Wegezöllen ein Stück Grenzen wiederaufgebaut.

Wir lehnen diese Maut ab! Sie behindert die Freizügigkeit der Bürgerinnen und Bürger in Europa und beschneidet den Grenzverkehr! Und das in Zeiten, in denen überall von Inklusion und Barrierefreiheit die Rede ist. Die Infrastrukturabgabe, die als Gebühr zur Autobahn-Nutzung verkauft wird, richtet sich bewusst an Ausländer und Grenzpendler, da Inländer über eine Senkung der Fahrzeugsteuer wieder entlastet werden sollen.

Netto belastet die PKW-Maut also nur ausländische Automobilisten, auch wenn zunächst alle Autofahrer die Abgabe leisten müssen. Es handelt sich also um eine bewusste Diskriminierung ausländischer Autofahrer. Daher haben Österreich und unsere Nachbarn in den Niederlanden Klage vor dem Europäischen Gerichtshof gegen diese Maut angekündigt. Und auch wir befürworten eine solche Klage unseres Landes. Leider macht der Föderalstaat eine Klage von der Zustimmung der für Autobahnen zuständigen Regionen abhängig. Die Regionen zeigen sich allerdings diesbezüglich nicht sehr gesprächsbereit, zu unserem größten Bedauern.

Die vorliegende Resolution ist folglich als letzter Versuch zu verstehen, alle involvierenden Instanzen auf die Wichtigkeit des Grenzverkehrs für uns Ostbelgier, die wir nicht nur aufgrund unserer Muttersprache, in großer Zahl in Deutschland arbeiten, hinzuweisen.

So lange aber kein Einsehen besteht und der EuGH nicht wegen Verstoß gegen europäisches Recht gegen die Diskriminierung von Ausländern auf deutschen Autobahnen vorgeht, müssen wir uns darauf einstellen ab 2019 zur Kasse gebeten werden. Womit müssen wir also rechnen? Der von Dobrindt angestrebte Ertrag der Maut soll bei 500 Mio. Euro jährlich liegen. Die finanzielle Belastung der einzelnen Autofahrer durch die elektronische Autobahnvignette soll wiederum vom Hubraum und dem Schadstoffausstoß abhängen. Neben Mehrtagesvignetten soll die Gebühr für ein Jahr bei bis zu 130 Euro liegen, im Schnitt sollen es 67 Euro pro Auto sein: eine nicht unerhebliche Zusatzbelastung für Grenzgänger.

Es bleibt also zu hoffen, dass die Maut in ihrer jetzigen Form noch einmal überdacht wird.

Und damit danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.